



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

13.03.2025	Südwest Presse Ulm: Das Endlager der Zukunft	3
12.03.2025	evangelisch.de : Mehr als zwei Drittel der Bürger mit Endlagersuche einverstanden	5
12.03.2025	n-tv online: Mecklenburg-Vorpommern: Finanzminister erwartet Geldsegen für MV	7

## Das Endlager der Zukunft

Atommüll Bis 2050 soll ein Standort für ein Endlager gefunden werden – die Region kommt dafür infrage. Das Verfahren ist komplex. Von Verena Eisele

Eine Million Jahre – so lange muss ein Endlager in Deutschland hochradioaktiven Müll sicher verwahren können. Eine unvorstellbare Zeitspanne: Vor einer Million Jahren herrschte auf der Erde die Eiszeit, und der Homo erectus breitete sich von Afrika nach Asien und Europa aus.

Angesichts solcher Dimensionen wirkt die Aufgabe der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) wie Science-Fiction. Das Unternehmen ist „im Auftrag des Bundes für die dauerhafte Lagerung der radioaktiven Abfälle im tiefen Untergrund verantwortlich“, wie es auf der Website heißt. Über das Vorgehen der Gesellschaft bei der Standortsuche informierte Dagmar Dehmer, Leiterin der Unternehmenskommunikation, vergangenen Dienstagabend (11. März) im Ulmer Roxy.

Die BGE hat mittlerweile 90 Teilgebiete in ganz Deutschland identifiziert, das entspricht 54 Prozent der Landesfläche. Für 82 Prozent der Teilgebiete ist bisher noch keine Einordnung erfolgt. 16 Prozent werden als ungeeignet angesehen, zwei Prozent weisen eine geringe Eignung auf. Solche gering geeignete Gebiete kommen in der Region Ulm/Neu-Ulm und der Schwäbischen Alb vor.

Ein erster Arbeitsstand wurde im November vergangenen Jahres veröffentlicht (wir berichteten). Grund dafür ist das Vorkommen einer bestimmten Tongesteinsschicht, der sogenannte Opalinuston. Dieser Ton sei wasserundurchlässig und habe zudem eine hohe Rückhaltefähigkeit gegenüber Radionukliden, erklärte Dehmer.

Bis zum Jahr 2027 will die BGE potenzielle Standortregionen erarbeiten, die

anschließend übermäßig erkundet werden sollen. In diesen Regionen sind dann unter anderem seismische Messungen und Bohrungen geplant. „Im Moment ist es noch reine Papierarbeit“, betonte Dehmer. Und das meinte sie ganz wörtlich: Lange war es vorgeschrieben gewesen, Daten in Papierform einzureichen. Zudem seien die geologischen Dienste bisher zu schlecht ausgestattet gewesen, um sich „ernsthaft der Digitalisierung zu widmen“. „Bei Hannover werden seit 2,5 Jahren Akten digitalisiert“, erzählte Dehmer anekdotisch. Unter anderem deshalb kostete die Standortsuche so viel Zeit.

Zudem sei diese Suche eine „ständige Siebarbeit“, erklärt die Expertin: Jedes potenziell geeignete Gebiet muss anhand eines wissenschaftlich festgelegten Kriterienkatalogs geprüft werden. In mehreren Prüfschritten scheiden dann nach und nach Gebiete aus, bis am Ende das Gebiet mit den besten Voraussetzungen übrig bleibt. „Wir suchen die langweiligsten Steine Deutschlands“, fasste Dehmer das komplexe Verfahren zusammen.

Ein Abwertungskriterium ist beispielsweise die „Barrierenmächtigkeit“. Sie beschreibt die Dicke des Gesteins, in dem das Endlager gebaut werden könnte. In unserer Region weist der Opalinuston eine Mächtigkeit von etwa 140 bis 150 Metern auf, die Dicke nimmt in Richtung Südosten ab. Laut BGE erfüllt das Gestein damit zwar die Mindestanforderung von 100 Metern Mächtigkeit. Aber eine „bedingt günstige oder günstige“ Barrierenmächtigkeit setzt laut BGE eine Dicke von 200 bis 300 Metern voraus.

Finnen und Schweden weiter

In der anschließenden Fragerunde erkundigte sich ein Mann nach dem Endlager in der Schweiz, das an der deutschen Grenze bei Hohentengen entstehen soll. Dehmer erklärte, dass in der Schweiz ein Doppellager geplant sei. Dort sollen sowohl hochradioaktive Abfälle als auch schwach- und mittelradioaktive Abfälle gelagert werden, die vor allem beim Rückbau von Atomkraftwerken anfallen. In Deutschland entsteht dafür das Endlager „Schacht Konrad“ im niedersächsischen Salzgitter. Auch das BGE habe den Auftrag zu prüfen, ob eine Fläche auch für solche Abfälle ausreichen würde.

Als Beispiele aus noch anderen Ländern nannte Dagmar Dehmer Finnland und Schweden. Beide setzen bei der Endlagerung auf Granitgestein – in Finnland ist das Endlager bereits gebaut, in Schweden noch im Bau.

Allerdings habe auch Schweden mehr als 50 Jahre gebraucht, um einen geeigneten Standort zu finden. Das Endlager entsteht dort in dem kleinen Ort Forsmark an der Ostseeküste nördlich von Stockholm. Da sich an diesem Standort bereits ein Atomkraftwerk befindet, sei die Akzeptanz in der Bevölkerung vergleichsweise hoch. Beide Länder planen ihre Endlager für einen Zeitraum von 100.000 Jahren. Dennoch sei der Aufwand dadurch nicht geringer, betonte Dehmer auf Nachfrage.

Am Ende brachte es eine Frage aus dem Publikum auf den Punkt: „Geht es wirklich einfach darum, ein Loch zu finden, in dem wir für eine Million Jahre unseren Müll lagern können?“ Dehmer nickte. „Das Ziel ist, dass man dieses Endlager getrost vergessen kann.“

Wörter: 664  
Autor/-in: Verena Eisele  
Seite: 23  
Ressort: REGION  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 81  
Nummer: 60  
Ausgabe: Hauptausgabe  
Auflage: 25.171 (gedruckt)<sup>1</sup>  
26.771 (verkauft)<sup>1</sup>  
27.049 (verbreitet)<sup>1</sup>  
Reichweite: 0,09425 (in Mio)<sup>2</sup>

Urheberinformation: © Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 1/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2024

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 evangelisch.de

## Mehr als zwei Drittel der Bürger mit Endlagersuche einverstanden

12. März 2025 15:06 | Medienart: Online | Visits/Monat: 440.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Berlin, Gorleben. Mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung befürwortet einer aktuellen Umfrage zufolge das Vorgehen bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle. Dabei gebe es dieselbe Zustimmungsquote von jeweils 70 Prozent sowohl unter Befürwortern als auch Gegnern des Atomausstiegs, teilte das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) am Mittwoch in Berlin mit. Auch wenn das Thema Atomkraft gesellschaftlich wieder stärker polarisiere, gebe es weiterhin einen Konsens, dass Atommüll in einem unterirdischen Endlager sicher verwahrt werden müsse. Für die Erhebung wurden nach Angaben eines BASE-Sprechers 3.015 Erwachsene in ganz Deutschland telefonisch oder online befragt.

Seit 2020 lässt das BASE alle zwei Jahre die Bevölkerung zu ihrer Sicht auf die Endlagersuche repräsentativ befragen. Es handelt sich dabei um die einzige Langzeiterhebung zur Standortauswahl für hochradioaktive Abfälle. In dem Suchprozess ist das BASE die Aufsichtsbehörde, außerdem organisiert es die Beteiligung der Öffentlichkeit.

Die Befragung zeige, dass für die Menschen bei der Auswahl des Standorts das Primat der Sicherheit deutlich über anderen Faktoren stehe, hieß es weiter. Gleichzeitig wolle die Hälfte der Befragten eine Standortentscheidung bis spätestens Mitte des Jahrhunderts erreicht wissen.

„Die Sicherheit eines Endlagerstandorts hat nicht nur für uns als Aufsicht über das Suchverfahren, sondern auch für die Bürger oberste Priorität“, sagte BASE-Präsident Christian Kühn. „Doch auch der Faktor Zeit spielt bei den Befragten eine große Rolle. Beide Aspekte sind entscheidend für die Akzeptanz und den Erfolg der Endlagersuche.“

Nachdem jahrzehntelang ausschließlich der Salzstock Gorleben auf seine Eignung als Endlager geprüft wurde, hatten Bundesregierung und Bundestag das Suchverfahren im Jahr 2017 neu gestartet. 2020 schied Gorleben wegen geologischer Mängel aus dem Suchverfahren aus. Ende 2027 will die mit der eigentlichen Suche beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) aus bislang 90 infrage kommenden Gebieten einige wenige Regionen vorschlagen, die weiter erkundet werden sollen.

Gesucht wird ein tiefengeologisches Endlager für etwa 1.750 Behälter mit 27.000 Kubikmetern hochradioaktiven Abfällen. Laut Standortauswahlgesetz soll die Suche ergebnisoffen, transparent, nach festgelegten fachlichen Kriterien und unter Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen. Gesetzlich festgelegt ist

auch, dass eine Standortentscheidung im Jahr 2031 erfolgen soll. Die Arbeiten der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nehmen nach aktuellen Angaben aber erheblich mehr Zeit in Anspruch als erwartet.

---

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

 n-tv online

## Mecklenburg-Vorpommern: Finanzminister erwartet Geldsegen für MV

12. März 2025 12:56 | Medienart: Online | Visits/Monat: 240.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die von Union und SPD geplanten schuldenfinanzierten Milliarden-Ausgaben könnten nach Worten des MV-Finanzministers die Wirtschaft im Land ankurbeln. MV könnte außerdem mehr Kredite aufnehmen.

Schwerin (dpa/mv) - Die von Union und SPD in ihrer Sondierung verabredeten neuen Schuldenmöglichkeiten für die Länder würden Mecklenburg-Vorpommern laut Finanzminister Heiko Geue einen zusätzlichen Kreditspielraum von 200 bis 280 Millionen Euro pro Jahr verschaffen. Das sei gut, aber die Ausnutzung dieses Spielraums dürfe nicht zum Dauerzustand werden, sagte der SPD-Politiker im Landtag. Denn das Land müsse die Zins- und Tilgungslast tragen.

Den Plänen von Union und SPD zufolge soll der Neuverschuldungsrahmen der Länder auf bis zu 0,35 Prozent des Bruttoinlandprodukts angehoben werden. Geue betonte im Landtag, dass MV in den letzten Jahren keine neuen Kredite aufgenommen, sondern sogar Schulden getilgt habe.

Berlin soll Investitionen bezahlen

Zuerst sollte für Investitionen aus Geues Sicht auf das von den Sondierern ebenfalls verabredete Infrastruktur-Sondervermögen von 500 Milliarden Euro zurückgegriffen werden. Für die dazu aufzunehmenden Kredite zahle der Bund die Zinsen und nicht das Land, sagte der Minister.

Aus diesem Sondervermögen für Infrastruktur könnten laut Geue in den nächsten zehn Jahren in Mecklenburg-Vorpommern Investitionen von rund 1,9 Milliarden realisiert werden – "Investitionen, die es angesichts der schwierigen Haushaltslage ansonsten nicht geben wird", betonte er.

Fließen könne das Geld in viele Bereiche. Geue nannte Beispiele von Geothermie über Krankenhäuser und Digitalisierung bis hin zur Bildungs-, Betreuungs- und Wissenschaftsinfrastruktur. Hinzu komme, dass die geplanten Bauvorhaben der Bundeswehr die Bauwirtschaft in MV ankurbeln würden.

Noch ist nichts beschlossen

Noch sind das Sondervermögen und die höheren Verteidigungsausgaben nicht beschlossen. Union und SPD wollen die dafür notwendige Grundgesetzänderung nächste Woche noch durch den alten Bundestag bringen, wofür eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig ist. Die Grünen wollen dem Paket in seiner aktuellen Form nicht zustimmen, ihre Stimmen werden aber benötigt.

Die Grundgesetzänderung muss auch mit Zwei-Drittel-Mehrheit vom Bundesrat verabschiedet werden. Ob Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat zustimmt, ist bisher offen. Die Linke sieht die geplanten massiv höheren Verteidigungsausgaben kritisch. Höhere Ausgaben bedeuteten nicht gleich mehr Sicherheit, sagte der Linke-Abgeordnete Torsten Koplín im Landtag. "Die Gelder, die da reingeschmissen werden, interessieren eigentlich nur die Rüstungskonzerne und die Börsianer."

---